
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 24/3 (1997)

DOI: 10.11588/fr.1997.3.60961

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

ULRICH LAPPENKÜPER

NEUE QUELLEN UND FORSCHUNGEN
ZU DEN DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN
»ERBFEINDSCHAFT« UND »ENTENTE ÉLÉMENTAIRE« (1944–1963)
UND IHREN INTERNATIONALEN RAHMENBEDINGUNGEN*

In der europäischen Staatengeschichte kam den deutsch-französischen Beziehungen im zurückliegenden Millennium stets eine besondere Rolle zu. Über Jahrhunderte von der Wechselwirkung von Anziehung *und* Ablehnung geprägt, wurden sie seit dem Waffengang von 1870/71 durch die Ideologie einer weit in die Vergangenheit zurückprojizierten »Erbfeindschaft« belastet, die im Zweiten Weltkrieg ihre katastrophale Entladung erfuhr. Wenngleich das Verhältnis der »historischen Zwillinge« Deutschland und Frankreich nach diesem Tiefpunkt gleichsam zwangsläufig neue Gestalt gewinnen mußte, mutet die im Zeichen einer neuen Kräfteverteilung im Mächtekonkord zwischen 1949 und 1963 vollzogene

* Zugleich Besprechung von: [Konrad] Adenauer, Briefe 1953–1955, bearb. von Hans Peter MENSING, Berlin (Siedler) 1995, XVIII–618 S. (Rhöndorfer Ausgabe); [Konrad] Adenauer, Teegespräche 1961–1963, bearb. von Hans Peter MENSING, Berlin (Siedler) 1992, XIII–700 S. (Rhöndorfer Ausgabe); Francis DE BAECQUE, René Coty, tel qu'en lui-même, Paris (Editions STH) 1991, 314 S.; Gérard BOSSUAT, La France, l'aide américaine et la construction européenne 1944–1954, 2 Bde., Paris (Imprimerie Nationale) 1992, XX–1042 S.; Christian BOUGEARD, René Pleven. Un Français libre en politique, Rennes (Presses Universitaires de Rennes) 1994, 473 S.; Eckart CONZE, Die gaulistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963, München (Oldenbourg) 1995, 340 S.; Pierre GERBET, La construction de l'Europe, 2., überarb. Aufl., Paris (Imprimerie Nationale) 1994, 559 S. (Notre siècle); Christian HACKE, Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Frankfurt/M., Berlin (Ullstein) 1993, VII–683 S.; Wolfgang HÖLSCHER (Bearb.), Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Sitzungsprotokolle 1957–1961, Düsseldorf (Droste) 1993, XCI–607 S. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 4. Reihe: Deutschland seit 1945, 8/II); Christoph HOPPE, Zwischen Teilhabe und Mitsprache: Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959–1966, Nuclear History Program (NHP), Baden-Baden (Nomos) 1993, 411 S. (Internationale Politik und Sicherheit, 30/2); Dietmar HÜSER, Frankreichs »doppelte Deutschlandpolitik«. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950, Berlin (Duncker & Humblot) 1996, 791 S. (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, 77); Hermann KUSTERER, Der Kanzler und der General, Stuttgart (Neske) 1995, 490 S.; Eckart LOHSE, Östliche Lockungen und westliche Zwänge. Paris und die deutsche Teilung 1949 bis 1955, München (Oldenbourg) 1995, 206 S. (Studien zur Zeitgeschichte, 46); Klaus A. MAIER, Bruno THOSS (Hg.), Westintegration, Sicherheit und deutsche Frage. Quellen zur Außenpolitik in der Ära Adenauer 1949–1963, Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft) 1994, XVI–331 S. (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit, Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, 42); Reiner MARCOWITZ, Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969, München (Oldenbourg) 1996, VIII–316 S. (Studien zur Zeitgeschichte, 49); Heinrich POTTHOFF (Bearb.), Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Sitzungsprotokolle 1961–1966, Düsseldorf (Droste) 1993, 2 Halbbde., CLXXI–1135 S. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 4. Reihe: Deutschland seit 1945, 8/III); Reinhard SCHIFFERS (Bearb.), FDP-Bundesvorstand, Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende, Sitzungsprotokolle 1960–1967, Düsseldorf (Droste) 1993, CI–813 S. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 4. Reihe: Deutschland 1945, 7/III); Rolf STEININGER, Jürgen WEBER, Günter BISCHOF u.a. (Hg.), Die doppelte Eindämmung, Europäische Sicherheit und deutsche Frage in den Fünfzigern, München (v. Hase & Koehler) 1993 (Tutzingener Schriften zur

Entwicklung hin zu einem »linchpin«¹, zur »Entente élémentaire«², doch wie ein politisches Wunder an. Ohne bereits ein überzeugendes Gesamtbild präsentieren zu können, liefern neue Forschungen eine Reihe von wichtigen Erkenntnissen und Teilantworten zu der Frage, wie es zu dieser fundamentalen Neubestimmung kam.

Der Zweite Weltkrieg hatte die Grundlagen des Verhältnisses zwischen den beiden Nachbarn radikal verändert. Der Alte Kontinent verspielte seine auf ökonomischer, technologischer und militärischer Überlegenheit basierende Vormachtstellung, dankte als Beherrscher der Welt ab. Auch Frankreich, eine der bisherigen Großmächte, nahm nurmehr einen minderen Rang ein. Dieser Abstieg wurde freilich von der Tatsache verdeckt, daß ihm die Alliierten nachträglich ein Mitspracherecht für Deutschland als Ganzes und einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat zugestanden. Die formal gewährte Gleichberechtigung entsprach indes keineswegs seinem tatsächlichen Machtpotential. Obwohl innerlich von Okkupation, Kollaboration und Erniedrigung durch Hitler-Deutschland geschwächt, auf amerikanische Hilfe angewiesen, wollte sich die Grande Nation aber nicht mit einem Status minor begnügen. Zum einen sollte der Ruhm einer nicht nur europäischen Großmacht einen Ausgleich für die Demütigung von 1940 und die Periode von Vichy schaffen; zum anderen zwang die Ungewißheit über die Zukunft des östlichen Anrainers dessen Schicksal mitzubestimmen.

Über die Pariser Deutschlandpolitik der ersten Nachkriegszeit herrschte in der historischen Forschung bis in die achtziger Jahre hinein weitgehender Konsens: Frankreich habe nach 1944 eine rein destruktive Konzeption verfolgt, eine von de Gaulle geprägte und von Bidault fortgesetzte Neuauflage traditioneller französischer Sicherheitsvorstellungen. Erst aufgrund der Polarisierung der internationalen Lage und wachsenden Drucks seitens der USA habe es seine illusionäre Besatzungspolitik revidiert und sei auf die liberalere anglo-amerikanische Linie eingeschwenkt. Nach der Moskauer Außenministerkonferenz im März/April 1947, noch entschiedener nach der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz im Frühjahr 1948 habe das Integrations- gegenüber dem Dominanzkonzept die Oberhand gewonnen.

Mit der Öffnung der Archive Ende des vergangenen Jahrzehnts bot sich die Möglichkeit, die alten Urteile auf neuer Quellenbasis zu überprüfen. Daß die seitdem geführte Diskussion noch nicht abgeschlossen ist und eine konsensfähige Neuinterpretation sich bislang noch nicht entwickelt hat, verdeutlichen zwei Arbeiten, die gewissermaßen die beiden Pole des derzeitigen Forschungsstandes markieren. In seiner ganz aus den Quellen gearbeiteten zweibändigen Studie geht Gérard BOSSUAT davon aus, daß Frankreich mit kon-

Politik, 2); Petra WEBER (Bearb.), Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Sitzungsprotokolle 1949–1957, 2 Halbbde., Düsseldorf (Droste) 1993, CLXXVII–431 S. u. XXI–472 S. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 4. Reihe: Deutschland seit 1945, 8/I); Udo WENGST (Bearb.), FDP-Bundesvorstand, Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher, Sitzungsprotokolle 1949–1954, 2 Halbbd., Düsseldorf (Droste) 1990, CXXXVIII–1505 S. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 4. Reihe: Deutschland seit 1945, 7/I); Udo WENGST (Bearb.), FDP-Bundesvorstand, Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier, Sitzungsprotokolle 1954–1960, Düsseldorf (Droste) 1991, XCV–515 S. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 4. Reihe: Deutschland 1945, 7/II).

1 Julius W. FRIEND, *The Linchpin, French-German Relations 1950–1990*, New York, Westport, London 1991 (The Washington Papers, 154).

2 Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Eine Entente élémentaire, Das deutsch-französische Verhältnis im 25. Jahr des Elysée-Vertrages*, Mit einer Dokumentation von Ingo Kolboom, erw. Neuauflage, Bonn 1990 (Arbeitspapiere zur internationalen Politik, hg. vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, 47).

kurrierenden Strategien zwischen »coercition ou réconciliation«³ darauf zielte, die »deutsche Gefahr« dauerhaft zu beseitigen und sich zugleich nicht zuletzt mit Hilfe der wirtschaftlichen Ressourcen des Nachbarn eine gewisse Vormachtstellung in Europa zu sichern. Durch die erschöpfende Auswertung der einschlägigen französischen Archivalien und der französischen Literatur gelingt es ihm, der als Professor und Mitglied des Institut Pierre Renouvin (Paris I-Sorbonne) an der Universität von Cergy-Pontoise lehrt, in seinem daten- und statistikgesättigten Buch überzeugend zu dokumentieren, daß de Gaulles Bestreben der Wirklichkeit einer in ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen erschütterten Mittelmacht widersprach. Im Zeichen von Lebensmittelverknappung und schwindenden Devisenreserven war Frankreich vor der Verkündung des Marshallplans ökonomisch am Ende. Als Preis für die von der amerikanischen Wirtschaftshilfe erbrachte Rettung hatte es »la révision de sa politique allemande«⁴ zuzugestehen. Paris mußte Washington nicht nur Einfluß auf seine Haushalts- und Währungspolitik einräumen, sondern hatte sich auch außenwirtschaftlich in die westliche Front einzureihen und der amerikanischen Deutschlandpolitik anzupassen. Bossuat läßt keinen Zweifel daran, daß die französische Nachkriegspolitik bis zum Schumanplan nicht genuin proeuropäisch motiviert war, sondern auf die Rückkehr zur Weltmachtposition hinarbeitete. Im Gegensatz zu Rainer Hudemann, demzufolge sich Frankreich »nicht erst unter dem Druck anglo-amerikanischer Pressionen zu einem Wandel seiner Deutschlandpolitik«⁵ entschloß, unterstreicht er die drängende Einflußnahme der Amerikaner, ohne aber das Verdikt der »vassalisation« zu akzeptieren⁶. Vielmehr konzidiert BOSSUAT durchaus, daß weitblickende Politiker wie Georges Bidault oder Robert Schuman bereits 1948 die Notwendigkeit zum Umdenken in Richtung auf die europäische Integration erkannten. Gleichwohl: »La tendance majoritaire des cercles politiques français était donc de se méfier encore de l'Allemagne«⁷. Die »neue« französische Europapolitik war denn auch keineswegs in erster Linie auf Deutschland, sondern auf England ausgerichtet. Erst Londons Verweigerungshaltung gegenüber einer britisch-französischen Wirtschaftsentsente ließ Paris im Frühjahr 1950 zur kontinentaleuropäischen Kooperation mit Bonn wechseln.

In scharfem Kontrast zu BOSSUAT und anderen als traditionalistisch angesehenen Autoren kann nach Dietmar HÜSER weder von einer »révision déchirante«⁸ noch von einem Einschwenken auf amerikanische Positionen die Rede sein, »höchstens von einem offiziellen Umschwung im Sommer 1948 durch öffentliche Distanzierung von einer Politik, die man zumindest teilweise seit drei Jahren inoffiziell für unergiebig und obsolet hielt«⁹. Auf der Grundlage der nun zugänglichen Archivmaterialien arbeitet er in seiner von Hudemann betreuten voluminösen Dissertation zunächst die Rahmenbedingungen der französischen Deutschlandpolitik nach der Befreiung heraus, analysiert dann detailliert deutschlandpolitische Konzeptionen, Instruktionen und Realisationen, geht schließlich auf die

3 Jean LALOY, *Un tournant des relations franco-allemandes: De la crise de Berlin à la Communauté européenne (1948–1950)*, in: Klaus MANFRASS (Hg.), *Paris-Bonn, Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner, Beiträge zum deutsch-französischen Verhältnis in Kultur, Wirtschaft und Politik seit 1949*, Sigmaringen 1984, S. 179–185, hier S. 179.

4 BOSSUAT (wie Anm. *) S. 293.

5 Rainer HUDEMANN, *Weichenstellungen in der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Jürgen WEBER (Hg.), *Die Republik der fünfziger Jahre, Adenauers Deutschlandpolitik auf dem Prüfstand*, München 1989 (Akademiebeiträge zur Politischen Bildung, hg. von der Akademie für Politische Bildung, Tutzing, 22) S. 130–138, hier S. 138.

6 BOSSUAT (wie Anm. *) S. 906.

7 Ibid. S. 657.

8 Cyril BUFFET, *Mourir pour Berlin, La France et L'Allemagne 1945–1949*, Paris 1991, S. 270.

9 HÜSER (wie Anm. *) S. 724.

Wechselwirkungen zwischen Innen- und Außenpolitik als zentralem Erklärungsmuster des Pariser Handelns ein.

Angesichts materieller Engpässe und mentaler Defizite sowie eines labilen Regierungssystems traf die verstärkte Neigung der Franzosen zu Ventilen und Blitzableitern laut HÜSER auf die Tendenz politischer Führungskreise, den inneren Druck nach außen abzuleiten und die weit verbreiteten Haß- und Rachegefühle in der Bevölkerung gegen die Deutschen zu instrumentalisieren. Daraus ergab sich eine »doppelte Deutschlandpolitik«, deren Charakteristikum er in der »Verfolgung inoffizieller Realziele [...] bei gleichzeitiger offizieller Aufrechterhaltung der Maximalziele trotz der Einsicht in deren Chancenlosigkeit«¹⁰ sieht. Wesentliche Elemente sowohl der Haltung de Gaulles gegenüber dem Nachbarn nach 1958 als auch des Vorgehens Bidaults und Schumans seit 1948 seien bereits zwischen Sommer 1944 und Anfang 1946 erkennbar; aber die realistischen Vorstellungen seien durch rhetorische Luftschlösser verschleiert worden. Maximales sei angestrebt worden, um Minimales als Kompensation für die erlittenen Schäden zu erreichen. Bidault habe die »doppelte Deutschlandpolitik« »zu drahtseilaktähnlicher Vollendung« geführt¹¹. Schuman erscheine vor dem Hintergrund der zugespitzten internationalen Entwicklung »eher als konsequenter Vollstrecker Bidaultscher Vorarbeiten denn als wirklicher Neuerer«¹². Indem HÜSER seit 1944 einen weiten Rahmen gleichzeitig dominanz- und integrationsorientierter Elemente in der französischen Deutschlandpolitik ausmacht, kann seiner Meinung nach von einer Wende selbst für den Herbst 1945 nur dann die Rede sein, wenn sie als eine »graduelle Schwerpunktverlagerung auf konzeptionell angelegte Entwicklungsperspektiven« verstanden wird¹³. Konsequenterweise entsprangen die Brüche 1947, 1948 oder 1950 seiner Meinung nach der Vermischung zweier inkongruenter Ebenen. Sobald man das Vorgehen Frankreichs nicht an den regierungsamtlichen, sondern den internen Äußerungen messe, reduziere man solche Ereignisse von vorgeblich epochalen Zäsuren auf Etappen innerhalb eines längst inaugurierten Prozesses.

Ungeachtet der störenden Häufung von Zwischen-, Sub- und Gesamtbilanzen wird HÜSERS preisgekröntes Werk die Forschung zweifellos befruchten, ohne freilich sämtliche »Traditionalisten« in seinem Sinne konvertieren zu lassen. Die fortbestehende Kluft reduziert sich nämlich keineswegs nur »auf das dreifache Problem der Zugänglichkeit der Archive, der Breite methodischer Ansätze und der Rezeptionsfähigkeit der Zeitgeschichtsforschung gegenüber revidierten Positionen«¹⁴, wie der Autor selbstbewußt behauptet. Sein Grundansatz einer »thesenorientierte[n] Forschungsarbeit«¹⁵ erweckt vielmehr den Eindruck, forschungsstrategisch bewußt weit auszugreifen, um die Diskussion wenigstens ein Stück voranzutreiben. Dabei läßt sich eine gewisse Diskrepanz zwischen einer vorsichtigen und ausgewogenen Diktion in den einzelnen Kapiteln und zugespitzten Formulierungen in den Résumés nicht übersehen. Zu fragen bleibt vor allem, wie der dominanzgeprägte Ansatz bloßes Mittel für eine integrationsorientierte Politik gewesen sein kann, obwohl die Entscheidungsträger doch angeblich seit 1945 von der geringen Durchsetzungskraft maximalistischer Positionen überzeugt waren? Hätte diese vorgebliche *opinio communis* nicht rascher zu einem Umlenken führen müssen, da die utopische Rhetorik die Germanophobie im Innern doch zusätzlich verschärfte, die öffentliche Erwartungshaltung erhöhte und die Offizialisierung einer realistischeren Politik erschwerte?

10 Ibid. S. 33.

11 Ibid. S. 281.

12 Ibid. S. 297.

13 Ibid. S. 358.

14 Ibid. S. 724.

15 Ibid. S. 37.

Auch nach der Gründung der Bonner Republik im Mai 1949, soviel ist gewiß, blieb das Verhältnis der Völker diesseits und jenseits des Rheins von Ängsten und Ressentiments gekennzeichnet. Wie die Bundesregierung die Lage analysierte und mit welchen Mitteln sie sie zu verändern versuchte, stellt Christian HACKE, Politikwissenschaftler an der Bundeswehrhochschule in Hamburg, in der aktualisierten und überarbeiteten Taschenbuchausgabe seiner erstmals 1988 erschienenen, umfassenden Darstellung der westdeutschen Außenpolitik von Adenauer bis Kohl dar. Freilich kommen der vierzehnjährigen Ära des ersten deutschen Regierungschefs in dem fast siebenhundert Seiten starken Werk mit dem problematischen Titel »Weltmacht wider Willen« gerade einmal 45 Seiten zu, während die Epoche von 1989–1993 mit einem Plädoyer für ein »aktives friedenspolitisches Engagement« und ein gleichberechtigtes Miteinander der Faktoren Macht und Verantwortung¹⁶ auf überproportionalen zweihundert Seiten beschrieben wird.

Nach einer Einführung in die im besetzten Deutschland von Jakob Kaiser, Kurt Schumacher und Konrad Adenauer entwickelten außenpolitischen Konzepte behandelt HACKE die Politik des letzteren in drei Abschnitten: dem »mühsamen Start und schnellen Aufstieg« bis 1955¹⁷, der Westpolitik und schließlich Adenauers Verhältnis zur Sowjetunion. Zu recht betont der Autor in seinem belesenen Buch, daß der Kanzler das Gleichgewicht in der Alten Welt durch den Krieg zerstört sah. Die drohende Inferiorität des Kontinents konnte seiner Meinung nach nur durch den Zusammenschluß aller europäischen Demokratien vermieden werden. Um der von Moskau ausgehenden Gefahr zu begegnen, galt es darüber hinaus, eine enge Verbindung zu Washington herzustellen. In dieser Konzeption, die mit ihrer dezidierten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Westorientierung einer »außenpolitischen Revolution«¹⁸ gleichkam, verschmolzen europa- und deutschlandpolitische Faktoren miteinander. Während die Einigung Europas ohne die Bundesrepublik ein Torso bleiben mußte, war die noch junge Republik ihrerseits auf die europäische Integration angewiesen, um sich zu konsolidieren und als gleichberechtigter Partner akzeptiert zu werden. Die Westintegration diene zugleich der Freiheitssicherung, die der Wiedervereinigung eindeutig vorgeordnet war.

Unterhalb dieses Plateaus Westbindung – Amerikaorientierung – Gleichberechtigung spielte für den Kanzler die Aussöhnung mit Frankreich eine herausragende Rolle. Sie sei ihm aber »nicht Selbstzweck« gewesen, sollte nach HACKE vielmehr die harte französische Besatzungspolitik unterlaufen und mögliche Abtrennungen deutscher Gebiete verhindern¹⁹. Adenauer griff mit diesen Überlegungen Vorstellungen wieder auf, die er bereits zur Zeit der Weimarer Republik entwickelt hatte. Wie damals dachte er vor allem an eine »organische Verflechtung«²⁰ zwischen der französischen und der deutschen Wirtschaft. Trotz seiner Bemühungen blieb das Verhältnis beider Staaten in den ersten Jahren frostig, suchte Frankreich doch den Wiederaufstieg der Bundesrepublik und ihre Gleichberechtigung in Westeuropa zu verzögern. Mit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sieht HACKE »Adenauers Maximalziel, ein supranationales Europa im Westen unter Einschluß der Bundesrepublik« verpaßt, mit den Pariser Verträgen sein »nachgeordnetes Ziel« aber erreicht – die Integration der Bundesrepublik im Westen²¹.

Einer fünfjährigen atlantischen Variante der Westpolitik folgte dann trotz »tiefe[r] Gegensätze« zwischen Bonn und Paris aufgrund einer zunehmend amerikakritischen Haltung

16 HACKE (wie Anm. *) S. 13.

17 Ibid. S. 63.

18 Ibid. S. 47.

19 Ibid. S. 49.

20 Ibid. S. 48.

21 Ibid. S. 78f.

des Kanzlers eine »de Gaulle-hörige Schlußphase«, in der Adenauer den bisherigen »Primat einer innerwestlichen Gleichgewichtspolitik« aufgab²².

Eine willkommene Ergänzung zur Analyse HACKES bietet die als Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe veröffentlichte Sammlung zentraler Quellen zur Außenpolitik des ersten Bundeskanzlers von Klaus A. MAIER und Bruno THOSS. Unter dem programmatischen Titel »Westintegration, Sicherheit und deutsche Frage« beleuchten die beiden Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt Potsdam mit insgesamt 135, von fünf Ausnahmen abgesehen, allesamt bereits publizierten, chronologisch abgedruckten Dokumenten ein weit gefächertes Themenspektrum, in dem die deutsch-französischen Beziehungen naturgemäß einen breiten Raum einnehmen. Dabei konzentrieren sich die Herausgeber nicht auf Ereignisse und Abläufe, sondern auf das politische Denken der Hauptakteure. Bei der Auswahl ließen sie sich von vier Gesichtspunkten leiten: einer angemessenen Dokumentierung der internationalen Einbindung westdeutscher Außenpolitik durch Quellen der vier Besatzungsmächte; einer Schwerpunktsetzung auf die Jahre 1949 bis 1955; der außenpolitischen Dominanz des Bundeskanzlers mit einer Einflechtung repräsentativer Gegenstimmen; der untrennbaren Verbindung zwischen der außenpolitischen Integration der Bundesrepublik in das internationale System und dem sicherheitspolitischen Einbau in die westliche Allianz. Der wissenschaftliche Apparat beschränkt sich auf die zum inneren Verständnis der Schriftstücke unumgänglich notwendigen Informationen. MAIER und THOSS sehen die internationale Existenzbedingungen der Bundesrepublik in der Ära Adenauer als »Ausfluß einer von Bedrohungsperzeptionen überlagerten westlichen Politik der Sicherheit *mit* und gleichzeitig *vor* Deutschland«²³. Anschaulich zeigt die mit Bibliographie und Register versehene Edition, daß der Bundesrepublik bis zum Abschluß der Formationsphase des Westblocks Souveränitätsrechte nur als Gegenleistung für unumkehrbare politische, wirtschaftliche und vor allem militärische Integrationsschritte gewährt wurden und selbst nach 1955 außenpolitische Handlungsfreiheit nur unter dieser Bedingung möglich war.

Daß die deutsche Wiedervereinigungspolitik dem Ziel der Westbindung und Friedenssicherung nachgeordnet war, entsprach auch den Interessen Frankreichs, wie die Pariser Reaktion auf die Stalin-Note vom März 1952 zeigte. Entschieden lehnte der Quai d'Orsay das vom Kreml angebotene neutrale, geeinte Deutschland ab²⁴. Folgt man der Studie von Eckart LOHSE, gewiß eine der wichtigsten Neuerscheinungen zu den deutsch-französischen Beziehungen der letzten Jahre, galt diese von Nikolaus Meyer-Landrut bereits 1988 beschriebene Position nicht nur 1952²⁵, sondern während der gesamten Gründungsära der Bundesrepublik von 1949 bis 1955. Auf der Grundlage eines ausgedehnten Literaturstudiums und erstmals erschlossener Quellen in Pariser Archiven untersucht LOHSE, welche Rolle die Wiedervereinigung Deutschlands in der französischen Außenpolitik dieser sechs Jahre spielte. Mit analytischem Scharfsinn durchleuchtet er den Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß des Quai d'Orsay auf knappem Raum anhand von drei Kardinalfragen, die er in chronologischen Kapiteln behandelt: Warum thematisierte das französische Außenministerium die Aufhebung der deutschen Teilung? Welche offiziellen Vorstellungen entwickelte es in bezug auf *Procedere* und Gestalt des vereinten Deutschland? Inwieweit war der Quai d'Orsay überhaupt gewillt oder in der Lage, die Spaltung zu beenden?

22 Ibid. S. 87.

23 MAIER, THOSS (wie Anm. *) S. 2.

24 Ibid. Dokumente Nr. 30 u. 31.

25 Nikolaus MEYER-LANDRUT, Frankreich und die deutsche Einheit, Die Haltung der französischen Regierung und Öffentlichkeit zu den Stalin-Noten 1952, München 1988 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 56); s.a. Georges-Henri SOUTOU, La France et les notes soviétiques de 1952 sur l'Allemagne, in: Revue d'Allemagne 20 (1988) S. 261–273.

Weder Schuman noch Bidault waren bereit, Adenauers Politik, die offensichtlich mit Unterstützung der Angelsachsen auf die Ablösung des Besatzungsstatuts drängte, widerspruchslos hinzunehmen. Ihnen ging es nicht um die baldige Gewährung der Souveränität für Westdeutschland, sondern um die Konservierung der bestehenden Ordnung. Denn diese erlaubte die Einbindung der Bundesrepublik in den Westen ebenso wie sie langfristig das Tor zur Einheit Deutschlands in Freiheit und die Chance zur Einigung mit der Sowjetunion offenhielt. Deren Vorschläge zur Verständigung à quatre versetzten Adenauer denn auch stets in helle Aufregung, befürchtete er doch, daß Paris im Zusammenspiel mit Moskau ein neutralisiertes Gesamtdeutschland anstreben könnte. Aus der Sicht LOHSES waren diese Ängste weitgehend unbegründet. Seiner Meinung nach sah Frankreich nämlich im Status quo die beste von allen schlechten Lösungen für Deutschland. Ungeachtet aller rhetorischen Zustimmung habe es die Wiedervereinigung de facto abgelehnt und ganz auf die Westintegration der Bundesrepublik gesetzt. Diese doppelbödigte Politik sah sich aber ständig mit einer prekären parlamentarischen Basis konfrontiert, so daß die Regierungen immer wieder in Ost-West-Gespräche einzuwilligen genötigt waren.

Waren es aber wirklich nur Parlament und Öffentlichkeit, die Deutschlandverhandlungen mit dem Kreml verlangten? Hielten Elysée, Matignon und Quai d'Orsay den Kurs der Westbindung tatsächlich für »alternativlos«²⁶? Waren Schuman, Bidault, Pinay, Faure oder Mendès France de facto ohne Unterschied prowestlich orientiert? Unterschätzt LOHSE nicht die Bedeutung jener Mitarbeiter im Quai d'Orsay, denen durchaus andere Antworten auf die »deutsche Frage« vorschwebten? Dem Tagebuch Hervé Alphands können wir zum Beispiel entnehmen, daß einflußreiche Kollegen sehr wohl daran glaubten, »qu'on peut envisager une neutralisation et une unification de l'Allemagne, avec maintien de l'occupation actuelle«²⁷. Auch Präsident Vincent Auriol äußerte sich wiederholt in ähnlichem Sinn. Wenn LOHSE derartige Stimmen in seine Analyse einbezieht, wie etwa die äußerst bemerkenswerte Aufzeichnung der Unterabteilung Zentraleuropa vom März 1955, so sieht er darin allenfalls »den Versuchsballon eines Außenseiters, vielleicht auch eine Provokation«²⁸. Gewiß, die offizielle Pariser Politik hielt daran fest, die Bundesrepublik nicht in eine unkontrollierbare Souveränität – erst recht nicht unter gesamtdeutschem Vorzeichen – zu entlassen. Sie war indes nicht unumstritten. Von angesehenen Mitgliedern der französischen Diplomatie entworfene Gegenkonzepte schlossen eine politisch-militärische Neutralisierung auf der Grundlage einer Viermächteübereinkunft keineswegs aus. Doch war es nicht zuletzt die kompromißlose Politik der Sowjetunion, die sie nicht zum Zuge kommen ließ.

Frankreichs Haltung zur Wiedervereinigung kann nicht losgelöst von seiner Position zu Europa betrachtet werden. Denn dieselben Kräfte, die deutschlandpolitische Alternativvorstellungen hegten, waren es auch, die die Integration des Kontinents mitsamt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft attackierten. Mit der Umsetzung des Schuman-Plans²⁹ im Montanvertrag war im Juli 1952 ein erster, bedeutsamer Schritt in Richtung auf ein supranational geordnetes Europa getan. Weitere mußten folgen, sollte das begonnene Werk nicht alsbald stagnieren. Dies verdeutlicht auch Pierre GERBET, Professor am Institut d'Etudes politiques in Paris, mit seiner Gesamtdarstellung der europäischen Zusammenarbeit nach 1945. Dem Ziel der von Jean-Baptiste Duroselle herausgegebenen Schriftenreihe gemäß, entspricht der jetzt in einer überarbeiteten und erweiterten Fassung vorliegende Band einer historischen Enzyklopädie. Den pädagogischen Zielen des Autors trägt die Diktion Rechnung. Klar und präzise gehen die ohne Anmerkungsapparat ausgestatteten

26 LOHSE (wie Anm. *) S. 32.

27 Hervé ALPHAND, *L'étonnement d'être*, Journal (1939–1973), Paris 1977, S. 223f.

28 LOHSE (wie Anm. *) S. 175.

29 MAIER, THOSS (wie Anm. *) Dokument Nr. 10.

neun Kapitel nach einführenden Abschnitten über die Entstehung der europäischen Idee und ihre Entwicklung in der Zwischenkriegszeit zentralen Etappen der europäischen Einigungsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg nach: Fortschritte der europäischen Idee nach 1945, Entstehung der Montanunion, Aufbau und Mißlingen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Gründung von EWG und EURATOM, Erfolge und Krisen des Europa der Sechs in der Ära de Gaulle, Vergrößerung und Vertiefung der EG 1969–1983, Entstehung der Europäischen Union seit 1983. Mit einer »orientation bibliographique«, die leider deutschsprachige Literatur kaum rezipiert, lädt GERBET zu einem vertiefenden Studium ein. Zahlreiche Tabellen und Graphiken sowie ein sorgfältig zusammengestelltes Register veranschaulichen die Lektüre.

Während die Bundesrepublik die europäische Zusammenarbeit im politischen wie im militärischen Bereich begrüßte, weil sie nur über eine fortschreitende Integration ihre volle Souveränität erreichen konnte, stellte sich für Frankreich in zunehmendem Maße die Frage, ob diese Entwicklung mit der Machtbalance im bilateralen Verhältnis und der Aufrechterhaltung des eigenen Großmachtanspruchs vereinbar war. Adenauer sah in diesem Selbstverständnis eine völlige Fehleinschätzung der Realitäten, wie es der jüngste, diesmal von Hans Peter MENSING in bekannt sorgfältiger Weise edierte Band seiner Briefe verdeutlicht. Diese die Jahre 1953–1955 von der Wiederwahl zum Bundeskanzler bis zur Genfer Gipfelkonferenz erfassende Selektion zeichnet einen ungewöhnlich markanten Spannungsbogen deutsch-französischer Nachkriegsbeziehungen von der Saarfrage über die Berliner Deutschlandkonferenz, die Europapolitik, die Ablösung des Besatzungstatuts bis zu den Ost-West-Beziehungen. Und sie geben beredt Auskunft über Adenauers Vorbehalte gegenüber der französischen Außenpolitik dieser Jahre. »In Wirklichkeit«, so schrieb der Kanzler im November 1953, »ist Frankreich keine europäische Großmacht mehr und wird von den beiden anderen [England und die USA] nur mitgenommen. Es kann erst wieder zu Bedeutung kommen, wenn es in die europäische Gemeinschaft hineingeht und in ihr sich seiner Kraft wieder bewußt wird«³⁰. Doch einflußreichen Kräften jenseits des Rheins war diese Gemeinschaft, wie sie sich in jenen Monaten politisch und militärisch zu bilden anschickte, nicht geheuer. Vor dem Hintergrund der sich hinschleppenden Diskussion über den EVG-Vertrag befürchtete Adenauer gar eine Einigung der Alliierten ohne Rücksichtnahme auf die Interessen der Bundesrepublik. Der im Januar/Februar 1954 stattfindenden Berliner Außenministerkonferenz der Vier Mächte sah der Kanzler mit Beklemmung entgegen, wobei sich sein Mißtrauen vornehmlich gegen Außenminister Bidault richtete. Der Argwohn war freilich insofern unbegründet, als auch der Nachfolger Schumans eher notgedrungen denn überzeugt in die Veranstaltung einwilligte. Ohne große Hoffnung auf eine sowjetische Verständigungsbereitschaft witterte der Chef des Quai d'Orsay darin vornehmlich eine Chance, die Moskauer Deutschlandpolitik zu demaskieren und die auf der parlamentarischen Behandlung der Verträge lastende Hypothek zum großen Teil zu tilgen.

Die Intransigenz der östlichen Führungsmacht ließ die Konferenz nach vier Wochen ergebnislos enden, und Adenauer registrierte erleichtert, wie Bidault standhaft den sowjetischen Bemühungen zur Aufweichung der westlichen Front getrotzt hatte. Die Hoffnung, mit dem Fehlschlag sei nun der Weg zur Erlangung der Souveränität und zur Wiederbewaffnung frei, erwies sich indes als trügerisch. Zwar hatte Frankreich die politische und militärische Integration mit seinen Initiativen 1950/51 Europas vorangetrieben. Aber auch das Debakel der daraus resultierenden Europäischen Politischen und der Verteidigungsgemeinschaft ging auf sein Konto.

30 Adenauer, Briefe (wie Anm. *) S. 47.

Will man sich über die Anlässe, Ursachen und Motive der Pariser Haltung zur EVG aus der Sicht eines der verantwortlichen französischen Politiker dieser Jahre ausführlicher informieren, kann man jetzt zur Biographie René Plevens greifen. Christian BOUGEARD, Maître de conférences an der Universität Rennes, legt eine erste Lebensbeschreibung vor, für die er vor allem das gedruckte französische Schrifttum und die Plevens als Sprachrohr dienende Wochenzeitung »Le Petit Bleu des Côtes-du-Nord« ausgewertet hat. Plevens Nachlaß stand ihm hingegen nicht zur Verfügung. Bougeards Bestreben ist es, die nationale und internationale, kommunale und regionale Dimension des dreißig Jahre lang politische Verantwortung tragenden Mannes zu ergründen. Seine Arbeit vermag aber, wie auch andere jüngst erschienene Studien über französische Politiker der IV. Republik³¹, nicht alle Fragen des Lesers zu beantworten.

Wie Schuman, Pinay, Mendès France oder Mollet gehörte dieser 1901 in Rennes als Sohn eines Offiziers geborene Bretone zum Urgestein der IV. Republik. Im internationalen Rampenlicht zu stehen, war ihm aber nur einmal vergönnt, als er in seiner Funktion als Ministerpräsident im Herbst 1950 der Weltöffentlichkeit den Plan einer supranationalen europäischen Armee vorstellte. Als Regierungschef in einer weltpolitisch prekären Zeit nach Ausbruch des Korea-Krieges bemühte er sich vor allem um die »solidarité atlantique et solidarité européenne«³². Aus Sorge vor einem neuen deutschen Militarismus und einer amerikanischen Dominanz auf dem Kontinent begegnete er der Washingtoner Forderung nach Aufstellung Bonner Truppen mit dem im Kern von Jean Monnet entworfenen Plevens-Plan³³. Seine Erklärung wurde am Rhein, an der Themse und am Potomac aus militärischen wie politischen Überlegungen aber negativ bewertet³⁴. Ein Durchbruch gelang erst, als Monnet den Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General Eisenhower, im Sommer 1951 davon überzeugte, daß der Widerspruch zwischen französischem Sicherheitsverlangen und deutschem Gleichberechtigungsanspruch nur in einer Europa-Armee gelöst werden könne. Als der Vertrag nach erheblichen Abstrichen am supranationalen Gedankengut im Mai 1952 unterzeichnet wurde, sah man dem dickleibigen Text an, daß er das mühsam errungene Ergebnis zahlloser Kompromisse war.

Angetrieben von seiner nie ruhenden Angst vor einer von sowjetophilen Kreisen an der Seine forcierten Einigung der Großen Vier über die »deutsche Frage«, drängte Adenauer auf eine möglichst rasche Ratifizierung des Vertragswerkes. Er mußte aber bereits im Sommer 1952 erfahren, daß die parlamentarische Behandlung in Paris äußerst schwierig werden würde. Denn sowohl in den Parteien als auch in der Regierung wurden nun Stimmen laut, die die EVG als Totengräber der eigenen Weltmachtrolle oder Wegbereiter der »Wehrmacht« bezeichneten und daraus die Notwendigkeit von Neuverhandlungen mit dem Ziel eines britischen EVG-Beitritts, der Verhinderung einer deutschen NATO-Mitgliedschaft und sogar einer grundsätzlichen Kehrtwende in der Verteidigungspolitik ableiteten.

Mit der Hoffnung auf Entspannung nach dem Tode Stalins verlor die EVG in Paris ungeachtet der im März 1953 erteilten Zustimmung durch den Deutschen Bundestag weiter an Attraktivität. Darüber hinaus verstärkte der »New Look« in der amerikanischen Verteidigungskonzeption seit Herbst 1953 den Wunsch nach einer nationalen Nuklearstreitmacht, während den Deutschen der Zutritt zum atomaren Club verwehrt werden sollte. Plevens war es, der als Verteidigungsminister im März 1954 von der Tribüne der

31 Vgl. Patrick CHASTENET, Philippe CHASTENET, Chaban, Paris 1991; Jacques DALLOZ, Georges Bidault, Biographie politique, Paris 1992; Aline FONVIEILLE-VOJTOVIC, Paul Ramadier (1888–1961): élu local et homme d'Etat, Paris 1993 (Histoire de la France aux XIX et XX siècle, 32); Denis LEFEBVRE, Guy Mollet, Le mal aimé, Paris 1992; Christiane RIMBAUD, Pinay, Paris 1990.

32 BOUGEARD (wie Anm. *) S. 197.

33 MAIER, THOSS (wie Anm. *) Dokument Nr. 19.

34 Ibid. Dokument Nr. 20.

Nationalversammlung aus die laufenden Forschungen im nuklearen Bereich bekanntgab und kurz darauf sich als erstes Regierungsmitglied öffentlich für »un armement nucléaire«³⁵ aussprach. Wenige Monate später, am 30. August, lehnte die Nationalversammlung die parlamentarische Behandlung des EVG-Vertrages in einer »atmosphère surchauffée«³⁶ definitiv ab und besiegelte damit sein Schicksal. Was verursachte dieses europapolitische Fiasko?

Eine sehr wichtige Erklärung zum unrühmlichen Ende der EVG lieferte Jacques BARIÉTY auf einer Tagung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, die sich unter der Leitung von Rolf STEININGER und anderen mit dem Spannungsverhältnis von deutscher Frage und europäischer Sicherheit in den frühen fünfziger Jahren befaßte. In dezidiertem Gegensatz zu Wilfried Loth, der den Mißerfolg auf die mangelnde Supranationalität des Vertragswerkes zurückführt³⁷, legt BARIÉTY mit überzeugenden Argumenten dar, welche zentrale Rolle die Nuklearfrage in der französischen Entscheidungsfindung im Sommer 1954 gespielt hat. Die Herstellung einer eigenen Atombombe, beim Entwurf des Pleven-Plans noch völlig illusorisch, hatte sich aufgrund der großen Fortschritte der französischen Forschungen zur Zeit der Unterzeichnung des EVG-Vertrags in eine realistische Zukunftsperspektive entwickelt. Angesichts der fehlenden Koordinierung zwischen dem Außenministerium und den Wissenschaftlern bemerkte die Regierung erst sehr spät, daß der Vertrag sie in ihrem nuklearen Handlungsspielraum fesselte. »Die Möglichkeit, die Atombombe zu bauen, und die Entscheidung der Politiker, sie auch wirklich herzustellen - dies wurde zum wesentlichen Faktor im Gleichgewicht zwischen Frankreich und Deutschland innerhalb des Bündnisses, der die Wiederbewaffnung der BRD ohne allzu große Besorgnisse erlaubte und hoffen ließ, daß Frankreich Großmacht blieb«³⁸.

Wie aus einem nun veröffentlichten Brief Adenauers an den amerikanischen Hohen Kommissar McCloy hervorgeht, sah sich der Kanzler mit der Entscheidung der Nationalversammlung außenpolitisch »vor einem Nichts«³⁹. Doch innerhalb weniger Wochen gelang es den Westmächten eine auch ihn befriedigende Ersatzlösung zu finden. Der Abschluß der Londoner Konferenz, so schrieb Adenauer Anfang Oktober an Theodor Blank, »beendet ein zähes, über 5 Jahre sich erstreckendes Ringen um die Wiedergewinnung der deutschen Souveränität und der Eingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der freien Völker als gleichberechtigter und gleich verpflichteter Partner«⁴⁰.

Den in Frankreich, aber auch in der Bundesrepublik aufs neue geforderten Viermächteverhandlungen über Deutschland stand der Bonner Regierungschef eindeutig ablehnend gegenüber. Denn zunächst mußte es darum gehen, die Pariser Verträge zu ratifizieren. Als sie in der französischen Nationalversammlung zu platzen drohten, wandte sich Adenauer beschwörend an seinen alten Weggefährten Robert Schuman. Die Idee der Versöhnung beider Völker wäre zerstört, seine persönliche »Mission, Frankreich und Deutschland zusammenzuführen«, wäre gescheitert, wenn die Verträge das Parlament nicht passierten⁴¹. Nach heftigen Auseinandersetzungen wurden sie dann doch Ende Dezember 1954 von der Assemblée Nationale, Ende Februar 1955 auch vom Deutschen Bundestag gebilligt und traten am 5.5.1955 in Kraft. Ein großer Tag für die junge Bonner Republik und ihren alten

35 BOUGEARD (wie Anm. *) S. 260.

36 Ibid. S. 277.

37 S. Wilfried LOTH, Die EVG und das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft, in: Rainer HUDEMANN, Hartmut KÄELBLE, Klaus SCHWABE (Hg.), Europa im Blick der Historiker. Europäische Integration im 20. Jahrhundert: Bewußtsein und Institutionen, Historische Zeitschrift, Beihefte, Neue Folge, 21, München 1995, S. 191–201.

38 STEININGER u. a. (wie Anm. *) S. 126.

39 Adenauer, Briefe (wie Anm. *) Nr. 153.

40 Ibid. Nr. 144.

41 Ibid. Nr. 186

Kanzler: »Die Bundesrepublik Deutschland ist souverän«, frohlockte er gegenüber Bundestagspräsident Gerstenmaier⁴².

Der Fehlschlag der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft hatte die Vision eines militärisch wie politisch geeinten Europas in weite Ferne gerückt. Daher konzentrierten sich die Sechs im Zeichen einer »relance européenne« nun auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit und verabschiedeten dazu Anfang Juni 1955 eine Resolution, die die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes sowie eine Organisation zur friedlichen Nutzung der Atomkraft vorsah⁴³. Der Wille Adenauers und der dezidiert proeuropäische Kurs der seit Januar 1956 amtierenden Regierung Guy Mollet waren dafür verantwortlich, daß die Verhandlungen trotz tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und Paris nicht scheiterten. Lebhaftige Unterstützung erfuhren Mollet und sein Außenminister Christian Pineau von Präsident René Coty.

Obwohl Coty als einer der meistrespektierten Hommes d'État der III. und IV. Republik gelten darf, scheint er heute in der französischen Öffentlichkeit völlig in Vergessenheit geraten zu sein. Francis DE BAECQUE, der ihm sechs Jahre lang als Mitarbeiter im Ministerium für Wiederaufbau und im Elysée diente, will die »image affadie« durch ein »portrait vivant et fidèle« ersetzen⁴⁴. Dabei bietet er keine umfassende Biographie, sondern einen dokumentarischen Bericht zentraler Lebensetappen anhand breiter Auszüge aus Cotys Tagebüchern.

Aus innerfranzösischer Perspektive mußte die erst im dreizehnten Urnengang am 24.12.1953 erfolgte Ernennung des Vizepräsidenten im Palais du Luxembourg zum Staatsoberhaupt bedauert werden. Denn sie schädigte nicht nur das Ansehen der demokratischen Institutionen, sondern führte auch einen einundsiebzigjährigen »inconnu«⁴⁵ in den Elysée, der 1946 gegen die neue Verfassung gestimmt hatte, weil er das Gleichgewicht der Staatsgewalten nicht gewahrt sah und die Macht des Präsidenten und der Zweiten Kammer zu stärken suchte. Jetzt aber fügte er sich als »homme d'union«⁴⁶ den verfassungspolitischen Schranken, übte das Amt gar noch zurückhaltender aus als sein Vorgänger Auriol. Aus deutschem Blickwinkel konnte seine Wahl durchaus begrüßt werden, da er für die europäische Zusammenarbeit eintrat, ohne ein glühender Europäer zu sein. Zwar sprach er sich nie für die politische oder militärische supranationale Integration aus, verteufelte sie aber auch nicht wie die »anti-cédistes«. »L'Europe«, so notierte er kurz nach dem Scheitern der EVG in seinem Tagebuch, »singulièrement la C.E.D., seule initiative créatrice en période d'immobilisme. Et voici qu'un effort constructeur se fait destructeur. Le négativisme triomphe plus que jamais«⁴⁷.

Trotz aller Verschwiegenheit war sein Einfluß zumindest nach der Ernennung Mollets nicht unbedeutend, denn seine engen politischen Beziehungen zu Pineau erlaubten es ihm, diskret auf die französische Außenpolitik einzuwirken. So ermunterte er den Außenminister im Lauf der schwierigen Verhandlungen zur EWG gegen den Rat einiger Ressortchefs zu mehr Kompromißbereitschaft, um das Unternehmen nicht zu gefährden. Seine Einstellung zu Deutschland war gewiß positiver als die Auriols. Ausdrücklich begrüßte er die beiderseitige Zusammenarbeit, hütete sich aber aus Sorge vor unliebsamen Rückwirkungen vor offiziellen Bekundungen. Es sei noch zu früh, meinte er einmal gegenüber einem Mitarbeiter, um sich öffentlich für die bilaterale Versöhnung auszusprechen. »L'opinion française n'est pas mûre, je risquerais de compromettre l'avenir«⁴⁸.

42 Ibid. Nr. 241.

43 MAIER, THOSS (wie Anm. *) Dokument Nr. 63.

44 DE BAECQUE (wie Anm. *) S. 12.

45 Ibid. S. 136.

46 Ibid. S. 187.

47 Ibid. S. 223.

48 Ibid. S. 224.

Das unter seiner Präsidentschaft begonnene Werk der Verständigung sollte erst unter seinem Nachfolger vollendet werden. Zunächst aber schien das deutsch-französische Verhältnis mit dem Regierungsbeginn Charles de Gaulles am 1.6.1958 in längst überwunden geglaubte Zeiten zurückversetzt. In der Überzeugung, dem Vaterland als Retter dienen zu müssen, schwebte dem General nämlich das Bild eines ewigen Frankreich vor, dem durch sein außergewöhnliches Wesen gleichsam automatisch eine besondere Stellung in der Welt zukomme. Auf der Grundlage einer unaufhebbaren Realität der Nation und des daraus abgeleiteten Rechts auf nationalstaatliche Souveränität zielte er auf einen losen Zusammenschluß der europäischen Demokratien ab. Diesem »Europa der Staaten«, das nach seiner Auffassung von einem durch »grandeur« und moralische wie physische Überlegenheit prädestinierten Frankreich geführt werden sollte, fiel die Aufgabe eines Schiedsrichters zwischen den Supermächten sowie die Funktion einer unabhängigen »Dritten Kraft« zur Austarierung des Weltgleichgewichts zu. Zur Umsetzung dieser Vision war de Gaulle auf Beistand angewiesen, der angesichts der besonderen Beziehungen zwischen England und den USA nur von der Bundesrepublik Deutschland geleistet werden konnte. Während Adenauer die Unterstützung eines Partners brauchte, der unabhängiger war als er und der deutsche Interessen gegen sowjetische Pressionen verteidigte, hoffte de Gaulle darauf, durch den Nachbarn seine Vorstellungen von einer politischen Union Europas absichern zu können. Zugleich war für ihn die Fortsetzung der Verständigungspolitik ein Mittel, die Bundesrepublik vor einem Abdriften nach Osten zu bewahren. Darüber hinaus glaubte er in seinem Bestreben nach größerer Autonomie, den USA ihren deutschen »Festlandsdegen« entwinden zu müssen.

Die von de Gaulle inszenierte Zuspitzung der Dreiecksbeziehung Deutschland-Frankreich-Amerika steht im Mittelpunkt der kompakten Untersuchung Eckart CONZES über die amerikanische Westeuropapolitik der Jahre 1958 bis 1963. Angeregt von den bahnbrechenden Arbeiten Frank Costigliolas⁴⁹, betont er nach einem gründlichen Studium der Literatur und der verfügbaren, zum Teil bisher verschlossenen amerikanischen Quellen die Bedeutung der sich wandelnden politischen Rahmenbedingungen für das Handeln der drei Staaten. Wenngleich nicht alle seine Deutungen überzeugend wirken und neueste Arbeiten wie die von Detlef Felken⁵⁰ und Daniel Kosthorst⁵¹ offenbar vor der Drucklegung nicht mehr ausgewertet werden konnten, legt CONZE doch plausibel dar, daß die machtpolitische Konsolidierung des Westens Ende der fünfziger Jahre einherging mit einer Veränderung des nuklearstrategischen Kräfteverhältnisses zwischen den Supermächten aufgrund der erfolgreichen Entwicklung interkontinentaler Atomraketen. In dem Maße, in dem die USA ihre bisherige Unverwundbarkeit einbüßten, mußte es in ihrem vitalen Interesse stehen, eine nukleare Auseinandersetzung mit der Sowjetunion zu verhindern. Als Reaktion auf den durch den strategischen Wandel zur Strategie der »flexible response« löchrig gewordenen amerikanischen Schutzschirm strebte de Gaulle nach der eigenen Atomwaffe, was politisch die Beseitigung der amerikanischen Hegemonie implizierte, und bemühte sich um eine kontinentaleuropäische Absicherung. Die USA hingegen zielten auf die Beteiligung der Europäer an einer multilateralen Atomstreitmacht, die die eigene Dominanz gefestigt hätte. Mit dem unausweichlichen Aufeinanderprallen beider Konzepte geriet Bonn in einer Phase des gesteigerten Ost-West-Konflikts ins Spannungsfeld konkurrierender westlicher Hegemonialpolitiken. Dabei verstärkte die kompromißbereite amerikanische

49 Frank COSTIGLIOLA, *France and the United States: The cold alliance since World War II*, New York 1992.

50 Detlef FELKEN, *Dulles und Deutschland: Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953–1959*, Bonn 1993.

51 Daniel KOSTHORST, *Brentano und die deutsche Einheit: Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961*, Düsseldorf 1993.

Berlin-Politik die Entfremdung zu Washington im gleichen Maße, wie sie die Annäherung an Paris forcierte. Als Präsident Kennedy erkannte, daß Adenauer auf de Gaulle setzte und mit ihm auf eine Zweier-Union zusteuerte, nahm er die »gaullistische Herausforderung« an. Mit Erfolg: Denn in der innerdeutschen Debatte über den Elyséevertrag triumphierten in Bonn die »Atlantiker«, weil sie aus politischen, strategischen und ökonomischen Gründen die amerikanische Vorherrschaft der französischen oder französisch-deutschen vorzogen.

Dieser innerdeutsche Spagat zwischen Frankreich und den USA ist Thema der Dissertation von Reiner MARCOWITZ. Während CONZE die deutsch-französischen Beziehungen aus der Perspektive der amerikanischen Integrationspolitik gegenüber Westeuropa für die Jahre 1958 bis 1963 beschreibt, lenkt dieser den Blick auf das Verhältnis der deutschen Parteien zur Politik Charles de Gaulles im Zeitraum von 1958 bis 1969, allgemeiner gesprochen, auf das Wechselverhältnis von Außenpolitik und Parlamentarismus in der Bonner Demokratie der sechziger Jahre.

Die Länge des Untersuchungszeitraums zwang ihn zu mehreren Einschränkungen. So begrenzt er die Analyse auf die Union und die SPD und verzichtet auf eine ausführliche Darstellung des zeitgenössischen De-Gaulle-Bildes ebenso wie auf die Darlegung der französischen Außenpolitik der damaligen Zeit. MARCOWITZ geht von der Hypothese aus, daß die Einstellung der Bonner Parteien zu de Gaulle nicht nur von den vom General ausgehenden Impulsen abhing, sondern auch von einer Reihe exogener Faktoren, wie dem Selbstverständnis der Bundesrepublik, ihrem außenpolitischen Umfeld und der innenpolitischen Situation. Daher wirft er einerseits die Frage auf, ob nicht bereits das unterschiedliche Selbstbewußtsein von »provisorischem Staat« und »ewigem Frankreich« die Beurteilung des Generals beeinflusste. Andererseits bezieht er auch das Streben nach europäischer Einigung und atlantischer Zusammenarbeit bzw. den Wandel des Amerikabildes seit den frühen sechziger Jahren in seine Analyse mit ein. Die Studie basiert auf einer breiten Auswertung der weitgehend noch archivierten Parteidokumente sowie zahlreicher Nachlässe. Die Gliederung folgt in drei sehr ungleichgewichtigen Kapiteln den Kanzlerschaften Adenauers, Erhards und Kiesingers und setzt dabei die Positionen der Parteien in abgeschlossenen Abschnitten gegeneinander. Für die Phase nach 1963 beschränkt sich MARCOWITZ darauf, die Regierungszeiten Erhards und Kiesingers jeweils einem Schwerpunktthema zuzuordnen, nämlich der Europapolitik bzw. der Ostpolitik. Was das Verhältnis der Großen Koalition zu de Gaulle in den Jahren 1966 bis 1969 angeht, so stehen eindeutig die bilateralen Beziehungen auf staatlicher Ebene im Vordergrund, was nicht verwundert, da Opposition und Regierung nun eins geworden waren.

MARCOWITZ markiert in seiner flüssig geschriebenen Darstellung hinsichtlich der De-Gaulle-Perzeption der beiden großen Parteien gegenläufige Tendenzen. Während die großen Sorgen der Bundesregierung und der Christdemokraten über den Regierungswechsel in Frankreich im Juni 1958 nach den berühmten Treffen Adenauers und de Gaulles in Colombey-les-deux-Eglises und Bad Kreuznach verschwunden seien, sei in der Sozialdemokratie die zunächst gelassenere Haltung mehr und mehr einer Position der Ablehnung gewichen, da sie sowohl die autoritären Züge des Generals wie seinen übersteigerten Nationalismus kritisiert habe.

Während die Unionsparteien in der Berlinkrise in de Gaulle einen festen Sachwalter deutscher Interessen gesehen hätten, sei die SPD seiner Krisenpolitik mit tiefem Mißtrauen begegnet, weil sie dahinter nationalen Egoismus gewittert habe. Der Konsens innerhalb der Union sei dann aber 1962 angesichts der entscheidenden Kluft zwischen Frankreich und Deutschland in der Frage der Verteidigungspolitik zerbrochen. Adenauer setzte mit dem Scheitern der Fouchet-Pläne einseitig auf Frankreich, während die Partei dem britischen EWG-Beitritt Vorrang einräumte und ähnlich der SPD Sicherheit an der Seite der USA suchte. Mit der Präambel zum Elysée-Vertrag sei die Zusammenarbeit

mit Frankreich »ohne Not« demonstrativ den atlantischen Verpflichtungen untergeordnet worden⁵².

Wie die Bundesrepublik auf die zuungunsten der nuklearen Habenichtse verschobenen Gewichte und das Dilemma reagierte, von Waffen bedroht zu werden, über die sie selbst gar nicht verfügte, zeigt jetzt die archivalisch gut fundierte Untersuchung von Christoph HOPPE. Die strategisch-politischen Veränderungen der beginnenden sechziger Jahre warfen für die Bundesrepublik zahlreiche Probleme auf. Da die aus amerikanischer Sicht notwendige Entspannung den territorialen Status quo zur Voraussetzung hatte, schwand die Aussicht auf Wiedervereinigung. Zugleich schien der Anspruch einer größeren außenpolitischen Gleichberechtigung gegenüber den Atommächten Frankreich und Großbritannien kaum realisierbar. Bonns Hauptziele Sicherheit, Gleichberechtigung und Wiedervereinigung waren allesamt mit der Kernwaffenfrage verbunden und ernsthaft bedroht. Folglich setzte die Bundesregierung alles daran, politisch wie militärisch ein höheres Maß an nuklearer Mitsprache innerhalb der Atlantischen Allianz zu gewinnen. Nachdem seit 1959 verschiedene Konzepte zur Bildung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO diskutiert worden waren, nahm Adenauer im Januar 1963 das amerikanische MLF-Angebot an. Die Verwicklung außen- und innen-, sicherheits- und europapolitischer Faktoren ließ das Projekt indes im Sand verlaufen. Die Geschichte der MLF ist bereits mehrfach geschrieben worden. HOPPE will den vorhandenen Studien keine weitere hinzufügen, sondern den nuklearen Mitbesitz als außen- und innenpolitischen Zielkonflikt beschreiben und die Grenzen des außenpolitischen Handlungsspielraums der Bundesrepublik aufzeigen. Adenauer sah in der MLF nicht nur die ersehnte Chance zur nuklearen Teilhabe. Er suchte mit ihr auch den Druck abzuwehren, den die USA nach dem französischen EWG-Veto gegen Großbritannien und dem Abschluß des deutsch-französischen Vertrages auf die Bundesrepublik ausübten. Zudem wollte er einen Konflikt mit seinem Wunsch-Nachfolger Schröder vermeiden, der in dem Projekt einen willkommenen Anlaß zur innenpolitisch motivierten symbolischen Absage an die Politik de Gaulles sah. Jene politischen Kräfte, die den Außenminister unterstützten, waren von dem Gedanken beherrscht, gegenüber Frankreich die enge Verzahnung europäisch-amerikanischer Interessen in der nuklearen Frage klarzustellen. Nach dem Kanzlerwechsel von Adenauer zu Erhard stellte sich Bonn mit seiner Mitsprache-Politik mehr und mehr in Widerspruch zu den Bündnispartnern sowie zu den entspannungs- und rüstungskontrollpolitischen Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis. Frankreich, aber auch Großbritannien und die Sowjetunion nahmen ab 1964 eine strikt oppositionelle Position ein. De Gaulle sah durch die MLF seine langfristigen außenpolitischen Pläne gefährdet, die auf ein unabhängiges Europa hinausliefen. Ein deutscher nuklearer Mitbesitz hätte den französischen Führungsanspruch in Europa in Frage gestellt. Da es ihm 1963 nicht gelungen war, die Bundesrepublik zu einem politischen Zweierbündnis zu bewegen, ging der General seit 1964 dazu über, die MLF zu Fall zu bringen. Doch die Regierung Erhard hielt an der Forderung nach nuklearem Mitbesitz fest, weichte damit aber ihre innenpolitische Basis auf und trug zu ihrem eigenen Sturz bei.

Für überzeugte »Gaullisten« war mit Erhards Fixierung auf die USA die einzigartige Gelegenheit eines bilateralen Schulterschlusses zwischen Bonn und Paris vertan. Zu ihnen zählt gewiß auch der langjähriger Chefdolmetscher im Auswärtigen Amt Hermann KUSTERER, der uns auf der Basis der Memoiren von Adenauer und de Gaulle, angereichert durch eigene stenographische Notizen, einen ebenso persönlichen wie leidenschaftlichen Bericht über das Verhältnis zwischen Kanzler und General von 1958 bis 1963 liefert. Ohne irgendwelche Geheimnisse preiszugeben, bieten seine Erinnerungen eine willkommene Er-

52 MARCOWITZ (wie Anm. *) S. 297.

gänzung zu den mittlerweile zugänglichen Gesprächsprotokollen und sonstigen Dokumenten über die Begegnungen und Gespräche beider Staatsmänner.

De Gaulles Machtantritt hatte bei Adenauer tiefe Verunsicherung über den zukünftigen Kurs der französischen Außenpolitik ausgelöst. Aus rational kaum nachvollziehbaren Gründen sollte die erste Zusammenkunft in Colombey-les-deux-Églises das Verhältnis grundlegend ändern. Mit Ausnahme dieses Rendezvous war KUSTERER bei allen weiteren Treffen in den nächsten fünf Jahren zugegen. Dabei entwickelte er sich zu einem glühenden Bewunderer des Präsidenten und großen Anhänger der deutsch-französischen Entente. Zwar erschütterte der General des Kanzlers Vertrauen mit dem im September 1958 an die Angelsachsen gerichteten geheimen Vorschlag eines Direktoriums der drei Westmächte. Doch schon während der neuerlichen Begegnung in Bad Kreuznach im November flößte er ihm mit seiner festen Haltung in der beginnenden Berlin-Krise wieder Vertrauen ein, obwohl doch gar nicht zu übersehen war, daß ihre Ansichten nicht nur in den zentralen nationalen Problemen – dem Algerienkrieg bzw. der deutschen Einheit – auseinandergingen. Auch in der Frage der europäischen Einigung oder der des Verhältnisses zur NATO stimmten ihre Auffassungen keineswegs überein. Vor dem Hintergrund seines wachsenden Mißtrauens gegenüber dem britischen Premierminister Macmillan und der Sorge, auf die USA im Notfall nicht bauen zu können, sah sich Adenauer indes mehr und mehr an die Seite de Gaulles gedrängt. Daher unterstützte er dessen Vorstoß zur Bildung einer politischen Union Westeuropas als Vorstufe für eine den Kontinent umspannende europäische Föderation. Als der Plan im April 1962 scheiterte, gewann sowohl am Rhein wie an der Seine der Gedanke eines politischen tête-à-tête Kontur. Während seines Staatsbesuchs in Frankreich, so erfahren wir von KUSTERER, regte der Kanzler im Juli eine »Konsultationsvereinbarung« zwischen beiden Regierungen über alle Ereignisse an, »die sich auf den Kommunismus« bezögen⁵³. Zum Abschluß des Besuchs replizierte der General mit der Kardinalfrage, ob man nicht zu zweit gehen könne, wenn es zu sechst nicht funktioniere, und erhielt nach kurzem Zögern ein Ja als Antwort. Gegen die Bedenken seines Außenministers griff der deutsche Regierungschef diesen Gedanken im Laufe der Triumphreise des französischen Präsidenten durch die Bundesrepublik im September wieder auf und empfahl ein »Gentlemen's Agreement«⁵⁴, das beide Völker dauerhaft verbinden und eine abgestimmte Politik ermöglichen sollte. De Gaulle erklärte sein Einverständnis und schlug im Gegenzug einen Mechanismus zur Konzertierung der Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik sowie eine enge Zusammenarbeit auf dem Feld der Erziehungspolitik vor. Ausdrücklich unterstrichen beide Staatsmänner, ihre Absichten nicht in einem Vertrag, sondern in Form eines Memorandums oder Protokolls fixieren zu wollen.

Trotz energischer Versuche seiner Umgebung, ihn nach der Philippika des Präsidenten vom 14. Januar 1963 gegen den EWG-Beitritt Großbritanniens von der geplanten Reise an die Seine zur Verabschiedung des Dokuments abzubringen, hielt Adenauer an seinem Besuch fest, fuhr gar mit der Absicht nach Paris, de Gaulle nun von der Notwendigkeit eines Staatsvertrags zu überzeugen. Beim ersten Vieraugengespräch am 21. Januar über die neue Marschroute ins Bild gesetzt, willigte der General nach einigem Zögern in den Abschluß eines ratifikationsbedürftigen Vertrages ein.

Beide Staatenlenker hofften auf eine möglichst rasche und reibungslose Ratifikation, unterschätzten aber wohl die innenpolitischen wie internationalen Widerstandspotentiale. Mit der Entscheidung, in der Präambel des Gesetzes zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag die multilateralen Verflechtungen der Bundesrepublik und die Partnerschaft mit den USA hervorzuheben, vollzog der Deutsche Bundestag am 15. Juni eine gravierende Kurskorrektur. Aus der Sicht Kusterers wurde damit die einmalige Chance zu einem

53 KUSTERER (wie Anm. *) S. 232.

54 Ibid. S. 261.

echten Bündnis beider Staaten vertan. Seine Kritik an der Politik der Gegner und Nachfolger Adenauers wirkt freilich überzogen. Konnte es sich die Bundesrepublik tatsächlich leisten, einseitig auf die französische Karte zu setzen? Ist es wirklich denkbar, daß eine gemeinsame deutsch-französische Politik den späteren historischen Prozeß des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der deutschen Einigung beschleunigt hätte?

Wichtige Einsichten in die politische Gedankenwelt Adenauers während der Schlußphase seiner Regierungszeit bietet uns die Veröffentlichung seiner informellen Unterredungen mit in- und ausländischen Journalisten. Der vierte und letzte, diesmal von Hans Peter MENSING bearbeitete Band dieser sogenannten »Teegespräche« umfaßt den Zeitraum vom September 1961 bis Oktober 1963, also vom Mauerbau in Berlin bis zum Rücktritt des Alten aus Rhöndorf. Adenauer nutzte dieses wichtigste Instrument seiner Informationspolitik vornehmlich dazu, in ausführlichen Berichten die großen Linien seiner Politik zu erläutern. Wenngleich keine Staatsgeheimnisse enthüllt wurden, da der Bundeskanzler nie mehr verriet als ihm sinnvoll und notwendig erschien, offenbaren die sorgfältig mit sachlichen Erläuterungen und biographischen Informationen kommentierten Wortprotokolle oder Gesprächsaufzeichnungen doch wichtige Hintergrundinformationen und geben mit ihren zugleich detaillierten Schilderungen der jeweiligen politischen Situation facettenreiche Bilder der aktuellen Entwicklungen. Dies gilt nicht zuletzt für das keineswegs spannungsfreie deutsch-französische Verhältnis. Noch im November 1961 beklagte sich der Kanzler über de Gaulles Obstruktion in der Berlin-Frage und meinte, der General müsse »wieder in die Reihe« gebracht werden⁵⁵. Wieso aber lenkte er seine Politik trotz aller Meinungsverschiedenheiten mehr und mehr auf ein exklusives Zweierbündnis hin? Weil die beiderseitigen Beziehungen für ihn eine deutsche Lebensfrage waren. »Diese deutsch-französische Verständigung«, so ließ er sich im Mai 1962 vernehmen, »ist nicht für die Wirren des Tages bestimmt, sondern sie ist für die Dauer bestimmt, für Europa.«⁵⁶ Sie war zugleich das »Fundament« für die europäische Integration⁵⁷ und ein Bollwerk gegen die Sowjetunion. Gerade dieser antisowjetische Aspekt gewann im Laufe seiner letzten Amtsjahre wachsende Bedeutung. Beide Staaten mußten so eng miteinander verbunden werden, daß weder Deutschland noch Frankreich »sich Sowjetrußland irgendwie nähern könnten«⁵⁸. Um dieses Ziel zu erreichen, bedurfte es seiner Meinung nach nicht nur der Kooperation zwischen den Regierungen, sondern auch der Versöhnung zwischen den Völkern, letztlich einer »Völkergemeinschaft«, damit keinem der beiden Staaten in Zukunft noch einmal der Gedanke käme, »etwas zu tun, was dem anderen schadet«⁵⁹. »Wir liegen dicht an dicht«, diktierte er den Journalisten im Oktober 1963 unmittelbar vor seinem Rücktritt ins Stenogramm. »Das Schicksal Deutschlands ist das Schicksal Frankreichs gegenüber dem Osten, und das Schicksal Frankreichs ist das Schicksal Deutschlands«⁶⁰.

Wenngleich die staatsmännische Größe Adenauers und de Gaulles dem Rankeanischen »Männer-machen-Geschichte«-Blickwinkel durchaus eine gewisse Berechtigung verleiht, kann sich eine politische Geschichtsschreibung »moderner Prägung«⁶¹ nicht auf eine regierungsamtliche oder gar personalistische Perspektive beschränken. Vielmehr gilt es die Wechselwirkung von Innen- und Außenpolitik herauszuarbeiten, also auch die Haltung der Parteien und öffentlichen Meinung gegenüber der deutsch-französischen Aussöhnung zu rekonstruieren. Sehr nützliche Dienste leistet mittlerweile eine Reihe von parteipoliti-

55 Adenauer, Teegespräche (wie Anm. *) S. 26.

56 Ibid. S. 190.

57 Ibid. S. 337.

58 Ibid. S. 212.

59 Ibid. S. 215.

60 Ibid. S. 462.

61 Andreas HILLGRUBER, *Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*, Düsseldorf 1969, S. 5.

schen Quellenpublikationen. Wenige Jahre, nachdem Günter Buchstab mit dem ersten Band der Protokolle des Bundesvorstands der CDU den mustergültigen Vorreiter für derartige Editionen gespielt hat⁶², verfügen wir inzwischen auch über vergleichbare Quellenwerke der Sozial- und der Liberaldemokraten. Im Sinne einer ausgewogenen Analyse der bilateralen Beziehungen bleibt zu wünschen, daß demnächst auch die Akten der französischen Parteien publiziert und damit der Forschung leichter zugänglich gemacht werden.

Allerdings weisen die von der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien herausgegebenen Sitzungsprotokolle des FDP-Bundesvorstands von 1949–1967 und der SPD-Bundestagsfraktion von 1949–1966 ein Manko auf: Bei den abgedruckten Dokumenten handelt es sich überwiegend um Kurzprotokolle, die den internen Meinungsbildungsprozeß dieser Gremien nicht zu erkennen geben. Während der FDP-Bundesvorstand seine Sitzungen nur bis 1954 im detaillierten Verlauf festhielt, ging die SPD-Fraktion erst ab 1958 zu dieser Praxis über. Umfangreiche Einleitungen, die qualitativ hochwertige Kommentierung durch die Bearbeiter und die Anreicherung mit ergänzenden Quellen können diesen Nachteil lediglich zum Teil ausgleichen.

Die Sitzungsprotokolle der SPD-Bundestagsfraktion spiegeln die alltägliche parlamentarische Arbeit einer Oppositionspartei wieder und lassen erkennen, daß die auswärtigen Beziehungen anders als etwa wirtschafts- und sozialpolitische Themen nicht die Domäne der Fraktion, sondern einzelner Persönlichkeiten waren. Dennoch werden die zentralen Maximen sozialdemokratischer Außenpolitik in den fünfziger und sechziger Jahren sehr wohl deutlich: Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung für das deutsche Volk. Die Annäherung an den Nachbarn im Westen wurde wohl prinzipiell begrüßt. Doch in der politischen Auseinandersetzung mit Frankreich stimmten die Vorstellungen der Opposition weder mit denen der Koalition noch mit jenen der französischen Regierungen überein, auch dann nicht, wenn in Paris die sozialistische Schwesterpartei mitregierte. Das unbedingte Pochen der SPD auf den Vorrang der Wiedervereinigung vor der Westbindung und ihre Weigerung, der psychologischen Situation Frankreichs in den ersten Nachkriegsjahren mit Verständnis und Vorleistungen zu begegnen, verhinderten die Überwindung der tiefen Gräben. »Frankreich sei einheitlich feindlich gegen Deutschland eingestellt«⁶³, verweigere die Anerkennung Deutschlands als gleichberechtigten Partner, lautete das Credo, und es bestimmte die Position der Partei in der Saarfrage und der Europapolitik, in der Diskussion um den Schumanplan und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft.

Die 1951 beim Bundesverfassungsgericht eingereichten Feststellungsklagen zum Petersberger Abkommen, zum deutsch-französischen Handelsvertrag und zum Kehler Hafenabkommen, die Normenkontrollklagen gegen die Aufstellung der Bundeswehr und gegen das Saarstatut, waren nicht dazu angetan, das schlechte Image der SPD in Frankreich zu verbessern. Daß die Sozialdemokraten die Ratifikation der Pariser Verträge zu verhindern trachtete, verstand man an der Seine ebenfalls als Affront. In der Europapolitik gab die SPD ihren Konfrontationskurs zwar 1956/57 auf. Adenauers Besuch beim sozialistischen Ministerpräsidenten Mollet am 6.11.1956, gewissermaßen der Höhepunkt der bilateralen Entente in den fünfziger Jahren, geißelte sie hingegen als Befürwortung der französischen Militäraktion auf der Suez-Halbinsel. Nach dem Regierungsantritt de Gaulles änderte sich

62 Mittlerweile liegen drei Bände vor: [Konrad] Adenauer, »Es mußte alles neu gemacht werden.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, bearb. von Günter BUCHSTAB, Düsseldorf 1986 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, hg. von Klaus GOTTO u.a., 8); Ders., »Wir haben wirklich etwas geschaffen.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953–1957, bearb. von Günter BUCHSTAB, Düsseldorf 1990 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 16); DERS., »... um den Frieden zu gewinnen.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1957 bis 1961, bearb. von Günter BUCHSTAB, Düsseldorf 1994 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 24).

63 So Hermann Brill, in: Die SPD-Fraktion 1949–1957 (wie Anm. *) 1. Teilband, S. 107.

die Haltung der SPD gegenüber Frankreich kaum, wie die nun durch die Lageberichte der Fraktionsvorsitzenden inhaltliches Gewicht gewinnenden Protokolle ausführlich zum Ausdruck bringen. Mit Wehners Schwenk auf Adenauers außenpolitischen Kurs 1960 ergab sich zwar eine Annäherung an den Kanzler, nicht aber an dessen Frankreichpolitik. Bei allem Verständnis für die bilaterale Verständigung lehnte die Partei in ihrer Mehrheit ein exklusives Bündnis ab, weil es mit ihren Zielen, der Partnerschaft mit den USA und der europäischen Integration mit Großbritannien, nicht vereinbar war. Nicht zuletzt auf ihr Betreiben wurde dem Elyséevertrag eine Präambel vorangestellt, die die Aussöhnung mit Frankreich zwar bejahte, aber zugleich den Wert der europäischen Verträge betonte und die besondere Pflege der Partnerschaft mit den USA herausstellte.

Anders als die Sozialdemokraten befürworteten die Liberalen in den ersten Jahren der Bundesrepublik weitgehend die Außenpolitik des Kanzlers, ohne sie aber jemals uneingeschränkt zu unterstützen. Gewiß wollte auch die FDP eine »Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen«⁶⁴, doch in der konkreten Umsetzung fehlte es nicht an Kritik. Gegenüber dem Schumanplan erhob sie Bedenken, weil sie ihn im Gegensatz zu Adenauer nicht nur unter dem politischen Blickwinkel zu betrachten bereit war und die Einbeziehung des Saargebiets ablehnte. In der Diskussion um die Westverträge kämpfte sie mit Erfolg darum, die automatische Bindung eines wiedervereinigten Deutschlands zu verhindern. Eine heftige Kontroverse entbrannte zwischen der Partei und dem Kanzler in der Saarfrage, da sie Adenauers Kurs der Europäisierung mit Blick auf eine Präjudizierung in der Deutschlandproblematik ablehnte. Seit 1953 verschärfte sich bei den Liberalen der Flügelkampf zwischen jenen, die die europäische Integrationspolitik der Regierung trotz der von Frankreich verursachten Rückschläge weiter befürworteten, und jenen, die sie dem Primärziel der Wiedervereinigung unterordneten. Die Jahre 1954 bis 1960 stellen die verwirrendste Phase in der Geschichte des Nachkriegsliberalismus dar, die sich schließlich in der Spaltung im Februar 1956 manifestierte. Wenngleich sie sich am koalitionsinternen Streit um eine Änderung des Wahlrechts entzündete, war sie zugleich eine Entscheidung gegen den außenpolitischen Kurs der Bundesregierung: »Erst Deutschland – dann Europa«, so formulierte es das Hamburger Aktionsprogramm für die Bundestagswahlen 1957 prägnant⁶⁵. In diesem Sinne sprach sich die für fünf Jahre in die Opposition verbannte FDP nicht nur gegen die Römischen Verträge, sondern auch gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr und für die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems aus. Diesen Kurs setzte sie auch nach dem Wechsel an der Spitze von Thomas Dehler zu Reinhold Maier im Januar 1957 fort. Priorität besaß weiterhin die nationalstaatliche Einheit, und so mag es kaum verwundern, daß Frankreich in den Sitzungsniederschriften – wenn überhaupt – im Zusammenhang mit der deutschen Frage Erwähnung findet. Die Regierungsübernahme Charles de Gaulles löste bei einigen Vorstandsmitgliedern scharfe Reaktionen aus, weil sie die Hindernisse zur Vereinigung nun noch höher sahen. Als der General und auch Ministerpräsident Debré 1959 wiederholt öffentlich die Respektierung der Oder-Neiße-Grenze als eine Grundvoraussetzung für die deutsche Einheit forderten, schlug ihnen einhellige Ablehnung aus der Partei entgegen. Demgegenüber gab es in der Europapolitik durchaus Übereinstimmung und die Bestrebung, »de Gaulles ›Europa der Vaterländer‹« für die eigene Konzeption nutzbar zu machen⁶⁶. So plädierten die Liberalen in den Koalitionsverhandlungen im Oktober 1961 unter dem neuen Vorsitzenden Erich Mende ausdrücklich für das de Gaullesche Konzept der europäischen politischen Zusammenarbeit unter Wahrung der nationalstaatlichen Souveränität, sprachen sich aber zugleich für die Aufnahme Großbritanniens in die EWG aus. Als Kanzler und General dann im Laufe des

64 So Karl-Georg Pfeleiderer, in: FDP-Bundesvorstand, 1949–1954 (wie Anm. *) S. 1367.

65 FDP-Bundesvorstand, 1954–1960 (wie Anm. *) S. 269, Anm. 4.

66 So Wolfgang Döring, in: FDP-Bundesvorstand, 1960–1967 (wie Anm. *) S. 35.

Jahres 1962 mehr und mehr den bilateralen Alleingang wagten, verwehrte die FDP die Gefolgschaft, getreu der Devise, »daß wir uns nicht in die Lage drängen lassen sollten, uns zwischen Paris und Washington entscheiden zu müssen«⁶⁷. In der Debatte des Bundesvorstands am 22. 2. 1963 über den deutsch-französischen Vertrag, die glücklicherweise mit einem ausführlichen Wortprotokoll dokumentiert wird, mochte niemand die säkulare Bedeutung des Abkommens erkennen. Dehler verstieg sich gar zu dem Verdikt, es sei »überflüssig wie ein bayerischer Kropf«⁶⁸. Wenngleich ihm darin niemand folgen mochte, überwogen doch jene Stimmen, die den Vertrag wohl nur deshalb nicht kippen wollten, weil sie unliebsame französische Reaktionen fürchteten. Einen Monat später sprach sich der Bundesvorstand nahezu einhellig für die Notwendigkeit einer Präambel zum Ratifikationsgesetz aus, die auf die »Übereinstimmung des Vertragswerkes mit den Bestrebungen zu einer gesamtdeutschen Einigung« hinweisen sollte⁶⁹.

Mögen Vielfalt und Qualität der besprochenen Werke auch eindrucksvoll belegen, daß die Erforschung des deutsch-französischen Verhältnisses in der Ära Adenauer mit der sukzessiven Öffnung der Archive in den vergangenen Jahren bedeutende Fortschritte verzeichnen kann, so läßt sich doch kaum leugnen, wieviele Felder noch der Beackering harren. So fehlen, um nur einige Beispiele zu nennen, nicht nur übergreifende Untersuchungen zu den Wirtschafts- und Kulturbeziehungen. Vernachlässigt wurden bisher auch die für die Entwicklung des beiderseitigen Verhältnisses kaum hoch genug einzuschätzenden Jahre zwischen dem Souveränitätsgewinn der Bundesrepublik und dem Machtantritt de Gaulles. Vor allem aber scheint es hohe Zeit, eine profunde Gesamtdarstellung vorzulegen, die die vorhandenen Einzelstudien auswertet und unsere bisherigen Kenntnisse anhand der jetzt zur Verfügung stehenden Archivalien überprüft.

67 So Erich Mende, in: *ibid.* S. 425.

68 *Ibid.* S. 450.

69 *Ibid.* S. 487.